

ZUSAMMENFASSUNGEN

Roland Sturm

Die Entdeckung einer Politik des Unpolitischen. Zur Institutionalisierung der „List der Vernunft“ in der Fiskalpolitik

Wir sind nicht nur, aber auch, in der Fiskalpolitik mit dem Paradox konfrontiert, dass hochpolitisches Entscheiden aus Effizienzgründen vom Parteienwettbewerb abgekoppelt wird, um scheinbar „unpolitischen Entscheidungsmechanismen“ anheimgestellt zu sein. In der Fiskalpolitik gibt es dafür zahlreiche Beispiele wie den Fiskalpakt oder die Schuldenbremse. Die hier vertretene These lautet, dass Strategien der Delegation von Verantwortung auf Regeln und Verfahren nur Umwege und Instrumente des Wettbewerbs um Wählerstimmen sind. Eine Politik des Unpolitischen gibt es nicht.

Dirk Jörke

Re-Demokratisierung der Postdemokratie durch alternative Beteiligungsverfahren?

Wenn seit einigen Jahren in der Politikwissenschaft von einer zunehmenden Politikverdrossenheit die Rede ist, so zeigt sich bei näherer Betrachtung, dass es vor allem sozial Schwache sind, die sich aus den demokratischen Verfahren zurückziehen. Das betrifft nicht nur die Teilnahme an Wahlen und das Engagement in Parteien, sondern im stärkeren Umfang auch alternative Beteiligungsverfahren wie Bürgerversammlungen und Referenden. Vor diesem Hintergrund fragt der Artikel nach Möglichkeiten einer Reintegration sozial Schwacher in den demokratischen Prozess. Im Anschluss an Überlegungen von Young und McCormick, die einen „aristokratischen Effekt“ formaldemokratischer Verfahren aufzeigen, wird am Ende ein suspensives Vetorecht für sozial Benachteiligte vorgeschlagen.

Michèle Knodt

Semi-permeable Administration in the post-democratic European Multi-Level System

Dieser Beitrag unternimmt den Versuch zum einen die Phänomene, die Colin Crouch als postdemokratische Konstellation beschreibt, vor der Kulisse der Europäischen Union (EU) zu rekonstruieren und empirisch zu füllen sowie im Anschluss unter Rekurs auf Maus Wege hin zu einer sozialen Demokratie in der EU zu skizzieren. Es wird argumentiert, dass dies darauf schließen lässt, dass sich dieses Phänomen eher mit einem Blick auf die Problematik semi-permeabler Administrationen erklären lässt, die durch ihren exkludierenden Charakter die Macht globaler Unternehmen erhöht, als durch die Bezeichnung einer „Post-Demokratie“. Die Beschaffenheit des europäischen Mehrebenensystems eröffnet zudem Ansätze für Maus' Vorschläge einer bereichsspezifischen Rechtsetzung. In der Analyse wird gezeigt, dass vor allem die Frage nach dem Zuschnitt der dezentralen und funktionalen Adressatenkreise, die Herstellung der darin notwendigen Symmetrie sowie die Größe solcher Gremien problematisch werden wird, letzteres vor allem durch die bisher vernachlässigte Voraussetzung beschränkter Adressatenkreise für konsensorientierte Kommunikationsstrukturen.

Gundula Ludwig

Feministische Überlegungen zu Postdemokratie und der Entpolitisierung des Sozialen

Der Text zeigt aus einer feministischen Perspektive auf, dass die Gegenwartsdiagnose von Crouch inhaltlich und konzeptuell begrenzt ist, da sie gerade das Verhältnis Demokratie und gesellschaftlichen Verhältnissen ausblendet. Darüber hinaus soll deutlich gemacht werden, dass sich in der gegenwärtigen ‚Postdemokratie‘ Begrenzungen des Politischen zuspitzen, die jedoch konstitutiv für moderne, westliche Demokratien sind, da das hegemoniale Verständnis von Demokratie in modernen, westlichen Gesellschaften bislang die Politisierung des Sozialen und der sozialen Lebensverhältnisse der politischen Subjekte ausblendet, dies jedoch nicht zuletzt qua Vergeschlechtlichung unsichtbar bleiben konnte. Vor diesem Hintergrund schließt der Aufsatz mit Vorschlägen, wie Demokratie neu gedacht werden könnte, wenn das Soziale gerade nicht entpolitisiert, sondern zum Ausgang des Politischen gemacht wird.

Ulrich Brinkmann / Oliver Nachtwey

Postdemokratie, Mitbestimmung und industrielle Bürgerrechte

Der Beitrag untersucht, inwieweit sich die Diagnose der Postdemokratie (Crouch 2008) auch auf die betriebliche Mitbestimmung in den Industriellen Beziehungen übertragen lässt. Die Ausgangsthese lautet, dass die Mitbestimmung zwar formal stabil bleibt, endogen jedoch erodiert. Da die Mitbestimmung zwar über demokratische Verfahren organisiert wird, aber Unternehmen keine Demokratie sind, wird zur Untersuchung der These auf das Konzept der „industriellen Bürgerrechte“ (in Anlehnung an T. H. Marshall) zurückgegriffen, die die Teilhabemöglichkeiten von Beschäftigten strukturieren. Am Beispiel der Leiharbeit werden zunächst der Wandel der industriellen Bürgerrechte analysiert und anschließend die Auswirkungen des strategischen Einsatzes von Leiharbeit und Werkverträgen auf die Mitbestimmung untersucht.

Frank Nullmeier

Zu einer politischen Theorie der Marktökonomie. Theoriebildung in Zeiten der Postdemokratie

Die Dominanz der Märkte wird von einigen Autoren für die gegenwärtigen Krisentendenzen westlicher Demokratien verantwortlich gemacht. Um eine weitere Entwicklung in Richtung Postdemokratie zu verhindern, ist die Politikwissenschaft aufgefordert, alle denkbaren Strategien zur Etablierung einer Vorherrschaft der Politik zu untersuchen, darunter auch jene Strategien, die über eine bessere Marktregulation und eine weitere Expansion des Wohlfahrtsstaates hinausgehen. Der Artikel prüft ausgewählte Beiträge der normativen politischen Theorie zu Möglichkeiten einer (1) Demokratisierung der Marktökonomie, (2) der Schaffung einer gerechten Ökonomie und (3) der Moralisierung der Marktökonomie. Dabei erweist sich die Unterscheidung zwischen Organisationen im Markt (Unternehmen) und den Markttransaktionen als wichtig, um die Frage zu beantworten, wie eine den normativen Standards von Gerechtigkeit und politischer Gleichheit folgende Neugestaltung der Ökonomie aussehen könnte. Für Unternehmen als dem Organisations-Element in Marktökonomien sind Modelle der inneren Demokratisierung und Selbstverwaltung ent-

wickelt worden. Dagegen sind Markttransaktionen selbst nicht demokratisierbar. Mit Rekurs auf John Rawls und dessen Modell der Demokratie mit Eigentumsbesitz analysiert der Beitrag die marktinhärenten Tendenzen zur Akkumulation von Ungleichheiten und die institutionellen Modelle, diese Nebeneffekte einzugrenzen oder wieder auszugleichen.